

Aktenzeichen

Kitzingen, 08.07.2019

11 - ÖPNV

Federführung: Sachgebiet 11

Vorlage-Nr.: SG 11/253/2019

Bearbeiter: Günter Rauh

Tel.Nr.: 09321/928-1101

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Umwelt-, Verkehrs- und ÖPNV-Ausschuss	öffentlich / Information	22.07.2019

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV);**Tarifverbesserungen VGN/VVM****I. Vortrag:**

Der Freistaat Bayern möchte ein 365 €-Jugendticket für Schüler und Auszubildende in den Verkehrsverbünden einführen. Darin wird die große Chance gesehen, die Jugend frühzeitig an den ÖPNV zu binden und langfristig die Nutzung und Attraktivität des ÖPNV zu stärken. Diese Einschätzung wird voll geteilt. Mit der Einführung des 365 €-Jugendtickets entstehen in den Verbünden bei den Verkehrsunternehmen Mindereinnahmen, die ausgeglichen werden müssen. 2/3 der Mindereinnahmen trägt der Freistaat Bayern, 1/3 müssen die beteiligten Gebietskörperschaften übernehmen. Für den Landkreis Kitzingen betragen die auszugleichenden Mindereinnahmen im VGN ca. 37.000 € jährlich und im VVM möglicherweise 336.000 € jährlich.

Es müssen noch Regelungen gefunden werden für die Definition der nächstgelegenen Schule, über die Zuschussberechnung nach dem FAG und über die 45a-Förderung. Außerdem ist noch offen, wie mit Schülern ohne Beförderungsanspruch (z.B. Grundschüler, oder Schüler mit einem zumutbaren Fußweg) umgegangen werden soll.

Neben der Einführung des 365 €-Jugendtickets will der Freistaat Bayern für Tarifstruktur- bzw. Tarifverbesserungsmaßnahmen dem Verkehrsverbund VGN 12,8 Millionen Euro und dem VVM 2,8 Millionen Euro jährlich auf die Dauer von fünf Jahren zur Verfügung stellen, wenn die Gebietskörperschaften bereit sind, sich mit der gleichen Summe daran zu beteiligen.

Im VVM wurden hierzu noch keine konkreten Vorschläge ausgearbeitet. Der VVM will jedoch diese Chance nutzen, um Verbesserungen im VVM-Tarif zu schaffen. Auf den Landkreis Kitzingen könnten für Tarifstrukturverbesserungen im VVM, bei voller Ausnutzung des Zuschussbetrages, bis zu 280.000 € jährlich an Kosten anfallen.

Der VGN hat bereits einen Entwurf möglicher Tarifmaßnahmen erstellt. Unter anderem sind vorgesehen die Digitalisierung des Vertriebs im Schülerverkehr, die Erweiterung des HandyTicket-Sortiments, die Einführung eines rabattierten, digitalen Einzelfahrausweises, die automatisierte Fahrpreisfindung auf der Basis eines Check-in/Check-out-Systems, ein 9-Uhr-Abo verbundweit und Tarifstabilität 2020. Im VGN könnten möglicherweise 17.000 € jährlich durch den Landkreis Kitzingen auszugleichen sein.

Tarifabsenkungen führen immer zu Mindereinnahmen bei den Verkehrsunternehmen. Daher ist der Ausgleich dieser Mindereinnahmen durch die betroffenen Gebietskörperschaften erforderlich. Für die Kommunen und für den Freistaat Bayern erhöhen sich die ÖPNV-Ausgaben. Die Fahrgäste profitieren dafür erheblich von der Neustrukturierung.

Die vom Freistaat Bayern angebotene Förderung ist der Einstieg, die angebotenen Tarife zu hinterfragen. Oftmals werden die ÖPNV-Fahrpreise als zu teuer empfunden und die Tarife als zu kompliziert. Jetzt besteht die Möglichkeit in eine grundlegende Reform der ÖPNV-Tarife einzusteigen. Daher sollte diese Chance unbedingt genutzt werden.

Tamara Bischof
Landrätin